

S I D

Society for International Development

Chapter Bonn



Nachlese

zum 46. Entwicklungspolitischen Fachgespräch vom 10. Oktober 2006

**Das Förderinstrumentarium des BMZ für privatwirtschaftliche Aktivitäten –
aus der Perspektive der Mitgliedsunternehmen des Afrika-Vereins**

Gespräch mit Frau U. Haupt (BMZ) und Herrn A. Wenzel (Afrika-Verein Hamburg)

Herr Oldenbruch erinnerte einleitend daran, dass die Privatwirtschaft ein wichtiger Akteur für den Entwicklungsprozess in Entwicklungsländern sei, obwohl sie in dieser Rolle lange unterschätzt worden sei. Mittlerweile sei die Wichtigkeit dieses Sektors allerdings erkannt worden. Er habe vor einem Jahr erfahren, dass sich bei einer Befragung Mitglieder des Afrika-Vereins kritisch zu den für ihre Aktivitäten in Entwicklungsländern vorhandenen Förderinstrumentarien geäußert hätten.

Es wurde eingangs klar, dass sich die aus der Umfrage ablesbaren kritischen Äußerungen nicht speziell auf die Fördermaßnahmen des BMZ beziehen. Befragt wurden 77 deutsche Unternehmen, die sich im südlichen Afrika wirtschaftlich engagieren, nach allen ihnen bekannten Fördermaßnahmen.

Nur 36 % der Befragten haben sich ausreichend über Fördermöglichkeiten informiert gefühlt, ein in den Augen von Herrn Wenzel überraschendes Ergebnis, da das BMZ immer wieder Informationsveranstaltungen anbiete. In der Umfrage seien die SADC-Staaten berücksichtigt worden, wobei ein Großteil der Unternehmen in Südafrika, Namibia, Mozambique und Tansania ansässig seien.

Zwei Drittel der Befragten hätten angegeben, noch nie Fördermaßnahmen in Anspruch genommen zu haben, während von den 14% der Unternehmen, die diese Frage positiv beantworteten, der größte Teil PPP in Anspruch genommen hatte. Daraus könne sich ein Stück weit die Bedeutung von PPP für die deutsche Privatwirtschaft ablesen lassen. Die Kritik an PPP bestehe aus zwei Punkten, zum einen in dem Problem, dass Informationen, gerade spezifischer Natur, schwer zu erhalten seien. Zum anderen stünden Organisation, Aufwand und Bürokratie in keinem Verhältnis zum erwarteten Ertrag der Maßnahmen. Hier verhindere die Mittelkontrolle vom BMZ eine effiziente Mittelverwendung auf Seiten der Unternehmen. Die freie PPP Fazilität sei aber gerade für kleinere Unternehmen von großer Wichtigkeit.

Herr Wenzel wollte, wie im Vorfeld verabredet, nicht zu viel über die Grundlage der Umfrage berichten. Die Mitglieder des Afrika-Vereins hätten vielfach auch private Beziehungen zum afrikanischen Kontinent.

Die Umfrage gab dann Gelegenheit, sich Fragen zuzuwenden wie der nach dem Aufgabenbereich des BMZ oder der, wie Unternehmen Nutzen aus dem BMZ-Förderinstrumentarium ziehen bzw. wie beide Seiten stärker kooperieren könnten.

Frau Haupt stellte zunächst noch einmal klar, dass sich die Umfrage ja auf die Förderinstrumente der Bundesregierung sowie der EU beziehe. Das BMZ-Instrumentarium stelle hier nur einen kleinen Ausschnitt dar. Daher sei es schwierig, aus der Umfrage Rückschlüsse auf die BMZ-Informationen für die Privatwirtschaft zu ziehen. Außerdem machte Sie deutlich, dass die BMZ-Instrumente keine Förderprogramme für die deutsche Wirtschaft seien. Vielmehr sei es Interesse des BMZ, Synergieeffekte zu erzielen und gemeinsame Interessen und Kräfte zu bündeln, um mit der Wirtschaft in solchen Bereichen zusammen zu arbeiten, in denen beide Seiten effizienter Projekte bzw. Programme durchführen können. Die Förderung deutscher Wirtschaft mit öffentlichen Mitteln wäre außerdem nicht in Einklang mit den OECD-Guidelines zur Lieferaufbindung.

Herr Wenzel argumentierte, dass in PPP-Projekten für jeden Euro aus öffentlichen Kassen zwei Euro aus der Privatwirtschaft aufgewendet würden. Außerdem leiste der Know-how-Transfer, der durch die Anwesenheit der deutschen Unternehmen in Entwicklungsländern stattfinde, einen Beitrag zur EZ.

Auf Nachfrage zeigte Frau Haupt die Arbeitsweise für PPP-Projekte an einem Beispiel auf. Daimler Chrysler produziere u.a. in Südafrika und werde dabei von dem großen Aids-Problem der Region beeinträchtigt. Das Unternehmen musste ohnehin Aidsbekämpfungsmaßnahmen für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter initiieren. Durch die Kooperation mit dem BMZ habe es diese Maßnahmen nun aber auf die Bevölkerung in der gesamten Region ausgeweitet. Die EZ hat die Expertise und das Unternehmen die finanziellen Mittel bereit gestellt.

An diesem Beispiel werde deutlich, dass entwicklungspolitisch relevante Maßnahmen im Partnerland gefördert würden, nicht die Unternehmen.

Zur Kritik der Unternehmen, sie würden keine konkreten Informationen erhalten, führte Frau Haupt aus, es gebe eine Vielzahl von Aktivitäten zur Informationsvermittlung. Außerdem seien Institutionen wie der Afrika-Verein eingeladen, die Vielzahl der vom BMZ bereit gestellten Informationen an seine Mitgliedsunternehmen weiter zu leiten.

In der Diskussion um die mit der Genehmigung und Durchführung von PPP - Vorhaben in der Umfrage erwähnte Bürokratie, entgegnete Frau Haupt, dass PPP aus Sicht des BMZ und der Durchführungsorganisationen im Gegensatz zu Maßnahmen der bilateralen EZ nicht bürokratisch-langwierig seien.. Mit der Umsetzung von PPP-Maßnahmen beauftragte Durchführungsorganisationen teilten die Einschätzung der in der Umfrage zum Ausdruck gekommenen Meinung, PPP sei bürokratisch, nicht

In diesem Zusammenhang wurde dann auch darauf hingewiesen, dass die Einschätzung der Bürokratie vom jeweiligen Standpunkt des Betrachters abhinge. Hier trügen EZ'ler und Vertreter der Wirtschaft sicherlich auch unterschiedliche Brillen.

Ein Teilnehmer nannte dies, dass Wirtschaft und Administration unterschiedlich „ticken“ würden. Es sei allerdings die Frage, ob dieses andere gleich falsch sei.

Aus einer der Durchführungsorganisationen kam dann der Hinweis, an dieser Stelle sei auch Selbstkritik angebracht, denn die Organisationen müssten mehr an die Kunden herantreten, um die Förderinstrumentarien darzustellen.

Herr Oldenbruch griff den Faden auf und unterstrich, man müsse nicht nur an die Kunden „herantreten“, sondern auch auf sie „eingehen“. Frau Haupt regte an, dass sich H. Wenzel auch mit DEG und GTZ über deren Erfahrungen mit der Umsetzung von PPP austauschen sollte.

Herr Wenzel versicherte, er habe keine Schuld beim BMZ abladen wollen. Ihn habe die negative Rückmeldung zu den Förderinstrumentarien ebenfalls gewundert. Allerdings gäbe es unter den Mitgliedern des Afrika-Vereins auch enttäuschte Unternehmer, die PPP-Projekte nicht, wie gewünscht, hätten umsetzen können.

Frau Haupt erinnerte noch einmal an die geringe Relevanz der Umfrageergebnisse für das PPP-Programm. Außerdem gehe es in der Tat nicht um die Schuldfrage.. Für die Informationsbeschaffung gebe es zahlreiche Wege und die starke Nachfrage nach PPP belege die Nutzung selbiger.

Man müsse in einer Umfrage dieser Art aber auch die Fragen genauer spezifizieren und herausfinden, um welche Art von Unternehmen es sich bei den Enttäuschten handle und welche Gründe sie anführten. Die Umfrage beziehe sich schließlich nicht nur auf PPP und das BMZ, sondern auch auf das Förderinstrumentarium des BMWi.

Es kam die Frage auf, ob die vom BMZ ausgewählten Schwerpunktländer und- sektoren auch für den Genehmigungsprozess von PPP maßgeblich seien.

Frau Haupt räumte ein, dass es für Unternehmen auf den ersten Blick nicht immer einfach sei, die Schwerpunkte des BMZ zu akzeptieren.. Diese gäbe es jedoch aus gutem Grunde, nur so könne die deutsche EZ strukturbildender und damit signifikanter und sichtbarer werden.

Aus Sicht der DEG könne er dies nur bestätigen, fügte der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der DEG an. Projekte, die nicht in die Schwerpunktbereiche passten, würden abgelehnt. Dies sei den Unternehmen schwer zu vermitteln.

Laut Frau Haupt können allerdings PPP-Maßnahmen auch außerhalb der Schwerpunkte liegen, sie müssten dann nur vom BMZ genehmigt werden. In 80% der Fälle sei diese Genehmigung erteilt worden. Trotzdem seien Synergieeffekte durch die Schwerpunktbildung sinnvoll, gerade da eine häufige Kritik an PPP sei, dass sie keine strukturbildende Wirkung erzielen würden. Gerade diese wolle das BMZ mit der Schwerpunktbildung erreichen.

Herr Wenzel nahm dies zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass man doch nicht vergessen dürfe, woher PPP käme. Die Notwendigkeit, die private Wirtschaft für die EZ zu nutzen, nehme zu. Es sei nicht verwunderlich, dass Unternehmen aus der Tatsache, dass sie zwei Drittel der Maßnahmen bezahlten, gewisse Rechte ableiteten. Man müsse von Seite der EZ auch bereit sein, die Bedingungen der Wirtschaft zu respektieren.

Eine Mitarbeiterin von InWEnt erläuterte, dass sie genau dies, auf das Eigeninteresse der Unternehmen einzugehen, in ihrer Arbeit tun wolle: InWEnt prüfe das Eigeninteresse der Unternehmen. Dieses solle zwar vorhanden sein, aber nicht überwiegen. Hier stellten sich Schwierigkeiten bei der Gewichtung.

Frau Haupt machte noch einmal auf das Anliegen von PPP aufmerksam, gemeinsame Stärken auszunutzen bei der Förderung der Partner in EL. Man dürfe nicht vergessen, dass es sich bei den Geldern des BMZ um öffentliche Gelder handle, die zu Recht strengen Kriterien unterlägen.

Ein weiterer Teilnehmer gab zu Bedenken, dass für die Unternehmen der Vorgang transparent sein müsse. Jeder wäre wohl willig, sich bei sinnvollen Schwerpunkten zu beteiligen. Insgesamt sei es in jedem Falle notwendig, einen Rahmen zu stecken, da der finanzielle Kuchen des BMZ begrenzt sei.

Frau Haupt zitierte, dass bei Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft „wohlverstandenes Eigeninteresse ... mit entwicklungspolitischem Mehrwert“ vereint würde. Die öffentliche Seite könne diese Beiträge möglicherweise alleine nicht so effizient erbringen.

Ein Anwesender rückte wieder die Unternehmenseite in den Vordergrund. Investoren würden nicht entwicklungspolitische Schwerpunkte sondern Eigeninteressen in den Vordergrund rücken..

Ihre eigentliche Motivlage sei, Geschäfte zu machen. Es müsse deshalb versucht werden, ob diese beiden Positionen zu vereinen seien; häufig würden sie zusammenfallen.

Jedes Gespräch mit der Wirtschaft vermittele auch Verständnis für die Probleme in Entwicklungsländern, fügte Frau Haupt an.

Herr Wenzel ergänzte, unternehmerisches Eigeninteresse müsse als legitim anerkannt werden.

Eine Teilnehmerin stellte mit Genugtuung fest, dass der Verlauf der Diskussion jetzt doch etwas weniger konfrontativ sei und sie mehr Möglichkeiten sehe, dass der notwendige Dialog zwischen beiden Seiten zustande käme, da die Wirtschaft neben den NROs eine zweite große Möglichkeit der Kooperation im Rahmen der EZ darstellen würde.

Herr Oldenbruch griff dieses auf mit einem Plädoyer für Dialog sowie Respekt vor den Interessen und den Sichtweisen der anderen Seite. Beides sei erforderlich. Die Frage sei, wie man in dieser Situation zu mehr Eingehen auf die Argumente und das Feedback der anderen Seite und zu weniger hoheitlichem Handeln und Einstellungen käme. In diesem schwierigen Feld müsse kooperiert werden.

Bonn, 28.10.06

Günther Oldenbruch

Rosa Groezinger